



DKP-NEWSLETTER NR. 2/2020

Weitere Infos & Kontakt: dkp.de • unsere-zeit.de • info@dkp-marburg.de

Liebe/r Marburger Freund*in, liebe/r Genoss*in,

wir, die Genoss*innen der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) Kreis Marburg-Biedenkopf, geben in regelmäßigen Abständen einen Newsletter heraus, in dem wir über aktuelle Themen und Veranstaltungen unserer Parteigruppe berichten.

Du erhältst diesen Newsletter sowie die Einladungen zu unseren Veranstaltungen aufgrund deiner Angabe auf unserer „Interessent*innenliste“ (wahrscheinlich hast du dich dazu auf einer unserer Veranstaltungen eingetragen). Wir werden deine Daten nicht an Dritte weitergeben. Auf Wunsch kannst du den Empfang des Newsletters jederzeit abbestellen, in dem du uns eine kurze Mail schickst: info@dkp.marburg.de

Der Inhalt des aktuellen (Sonder-)Newsletter bezieht sich auf die aktuellen Entwicklungen rund um die Krise im Zusammenhang mit der Coronapandemie. Dazu findest Du im aktuellen Newsletter folgende Beiträge:

- 1.) Erklärung von Patrick Köbele, Vorsitzender der DKP, angesichts der Coronapandemie
- 2.) Das neue „DKP-Gesundheitsinfo“ ist erschienen
- 3.) Erklärung der SDAJ zur Coronapandemie: Corona – Unsere Antwort heißt Solidarität!

1.) Erklärung von Patrik Köbele, DKP-Vorsitzender, angesichts der Coronapandemie:

Die Zunahme von Erkrankungen aufgrund des Coronavirus weltweit und auch in der BRD ist besorgniserregend. Die herrschende Klasse sorgt sich nicht um die Gesundheit der Bevölkerung, sondern nutzt die Situation einmal mehr für ihre Interessen: Plötzlich ist Geld ohne Ende da. Die öffentlichen Kassen übernehmen die Gehaltszahlungen von Unternehmen bei Kurzarbeit, private Banken dürfen grenzenlos an Krediten verdienen, die Risiken tragen nicht sie, sondern der Steuerzahler. (...)

Merkel, Spahn und Co. machen sich angeblich Sorgen um die Kapazitäten des Gesundheitssystems. Aber sie waren es, die im Auftrag des Monopolkapitals das Gesundheitssystem in ein Mittel der Profitmaximierung verwandelt haben. Unsere Solidarität gilt den Beschäftigten im Gesundheitswesen, die die Misere nun ausbaden und Höchstleistungen erbringen müssen, um den Menschen zu helfen.

Während Eltern mit Kindern angesichts der sicher sinnvollen Schließungen von Kindergärten und Schulen ohne Lohnfortzahlung dastehen und gezwungen sind, Urlaub oder unbezahlten Urlaub zu nehmen, während prekär Beschäftigte ihre Arbeitsplätze verlieren

und ihre Mieten nicht mehr zahlen können und kleine Selbständige vor der Pleite stehen, werden 500 Milliarden für die Sicherung deutscher Konzerne zur Verfügung gestellt. (...) Die Maßnahmen, die von Bundes- und Landesregierung ergriffen werden, sind keineswegs angemessen, sondern erfolgen zugunsten des Monopolkapitals zu Lasten der lohnabhängig Beschäftigten und der Werktätigen insgesamt.

Wir fordern:

- Volle Lohnfortzahlung oder Ersatz des Verdienstauffalls für alle abhängig Beschäftigten und sonstigen Werktätigen, die aufgrund des Coronavirus ihre Einnahmen verlieren, sei es aufgrund von Betreuung von Kindern oder anderen Angehörigen, Erkrankung, Quarantäne, chronischen Erkrankungen oder Betriebsschließungen.
- Sinnvolle Maßnahmen wie die Ausweitung der Telearbeit dürfen nicht zum Abbau von Schutzregelungen und zu entgrenzter Arbeitszeit führen.
- Sofortigen Ausbau des Gesundheitswesens, Personalaufstockung und Kontrolle der Pharmaindustrie.
- Die Kosten für die Bekämpfung der Pandemie sind durch die Konzerne zu tragen sowie durch eine deutliche Kürzung der Rüstungsausgaben.
- Sofortige Beendigung und nicht nur ein »Einfrieren« des US-Kriegsmanövers »Defender 2020«. (...)

Lassen wir uns nicht einlullen vom Gerede der Herrschenden und Regierenden, dass »wir zusammenstehen müssen«. Nach wie vor gilt: Es gibt kein »Wir« in der Klassengesellschaft. Die Pandemie zeigt, dass der Kapitalismus nicht in der Lage ist, die grundlegenden Probleme der Menschen zu lösen. Wie es anders geht, zeigen derzeit China und Kuba. In beiden Ländern wurden erhebliche Mittel in das Gesundheitssystem investiert. China und Kuba helfen unter anderem in Italien und Venezuela mit medizinischen Geräten und Spezialisten – das ist konkrete Solidarität. Wir brauchen die Solidarität der Werktätigen auf allen Ebenen, von der internationalen Solidarität bis hin zur Solidarität und gegenseitigen Unterstützung im Stadtteil. Lassen wir uns nicht gegeneinander ausspielen, kämpfen wir gemeinsam für unsere Rechte!

Gesamte Stellungnahme: <https://www.unsere-zeit.de/dkp-zur-corona-pandemie-126442/>

2.) Das neue „DKP-Gesundheitsinfo“ ist erschienen

Das neue DKP-Gesundheitsinfo zur Coronakrise ist erschienen und steht zum Download bereit unter: <https://dkp.de/service/themen-flyer/>

3.) Erklärung der SDAJ: Corona – Unsere Antwort heißt Solidarität!

Seit gestern stuft das Robert-Koch-Institut die Gefährdung durch das Corona-Virus als hoch ein, die Entwicklungen sind besorgniserregend. Schutzmaßnahmen sind erforderlich und umso dringender, weil unser Gesundheitssystem völlig kaputtgespart ist. Die Folgen

der Pandemie werden durch den Staat auf die Bevölkerung abgewälzt. Gemessen wird mit zweierlei Maß: Während es unbegrenzte Kredite für Unternehmen gibt, sind wir es, die auf Kündigungen und Verdienstaufschlägen sitzen bleiben.

Die Bundesregierung hat den Notstand im Gesundheitswesen selbst verursacht, den sie jetzt beklagt. Mittlerweile sind knapp ein Drittel der Krankenhäuser privatisiert worden und der Anteil der privaten Krankenhäuser steigt stetig an. Die Fallpauschalen führen dazu, dass auch die staatlichen Krankenhäuser auf Profit ausgerichtet sind, statt auf die Gesundheit der Patientinnen und Patienten und das Wohl der Beschäftigten. Das Gesundheitswesen wurde seit Jahrzehnten von SPD, Grünen, CDU/CSU und FDP kaputtgespart und Privatisierung damit erst ermöglicht. Das Ziel der aktuellen Maßnahmen ist, die Ausbreitung des Virus über einen möglichst langen Zeitraum zu strecken, damit das Gesundheitssystem nicht überlastet wird. Fakt ist aber: Es war schon davor weit über der Belastungsgrenze, beispielsweise wenn Pflegerinnen und Pfleger bereits vor der Pandemie zu viele Leute gleichzeitig betreuen mussten. Das Aussetzen der ohnehin zu niedrigen Personaluntergrenzen macht die Situation noch schlimmer. Noch vor wenigen Monaten forderte die arbeitgebernahe Bertelsmann-Stiftung sogar, die Anzahl der Krankenhäuser zu halbieren. Das Ziel im Kapitalismus ist schließlich kein Gesundheitssystem, das Kapazitäten für Prävention oder Krisenzeiten hat und dessen Qualität sich am Wohlergehen der Menschen misst. Folgerichtig sind auch die Pharmakonzerne privat organisiert und kündigten erst vor wenigen Monaten an, aus der Antibiotika-Forschung auszusteigen, weil sie sich finanziell nicht lohnt. Hier gibt es eben nur so viel Gesundheit wie für die Herrschenden nötig und profitabel – und immer häufiger nicht einmal die. Das ständige Argument: Es ist kein Geld da.

Doch nachdem die Ausbreitung von Corona die Profite der Unternehmen gefährdet, gibt es nun plötzlich doch Geld: Die Bundesregierung sichert Unternehmen unbegrenzte Kredite und Steuerstundungen und -erleichterungen in Milliardenhöhe zu. Zudem beschloss der Bundestag vor wenigen Tagen, die Kurzarbeit zu erleichtern. Für die Beschäftigten gibt es allerdings keine Steuererleichterungen und ihre Lohnausfälle zahlt niemand. Schüler und Studierende in Minijobs und Beschäftigte in der Leiharbeit verlieren massenhaft ihre Jobs, Rettungspakete bleiben hier aber aus. Und während Veranstaltungen ab einer bestimmten Größe komplett untersagt werden, zum Beispiel Betriebsversammlungen für die anstehenden Tarifrunden, darf in vielen Großunternehmen weitergearbeitet werden, auch wenn Sicherheitsabstände nicht einzuhalten sind. Dass einige Autokonzerne die Produktion jetzt in einigen Werken einstellen, ist ein Erfolg der Gewerkschaften, die vielerorts Druck gemacht haben. Und trotzdem kommt dieser Schritt viel zu spät. Während sonst überall Veranstaltungen mit mehr als ein paar Dutzend Personen untersagt sind, läuft aber in vielen anderen Betrieben die Produktion trotzdem weiter.

Gegenseitige Solidarität und der Austausch unter Kolleginnen und Kollegen sind jetzt allerdings nötiger denn je: Massenhafte Kurzarbeit mit Lohnverlusten von 30%-40% und Lohnstreichungen im Zwangsurlaub stellen etliche Werk­tätige vor enorme finanzielle Probleme. Besonders hart trifft die aktuelle Situation prekär Beschäftigte, denen bereits in großer Zahl gekündigt wurde, Empfänger von Sozialleistungen, die sich bei leeren Regalen nicht einfach das teurere Produkt leisten können, Selbstständige, die die Verdienstauffälle allein tragen müssen, Geflüchtete, die nicht mehr aufgenommen werden und in ihren Massenunterkünften keinen Sicherheitsabstand halten können und bedürftige Menschen, die an den Tafeln kein Essen mehr bekommen.

Die Auswirkungen von Corona treffen auch den Bildungsbereich: Zwar sind Schulschließungen eine notwendige Schutzmaßnahme, angesichts der Lage müssen sich Schülerinnen und Schüler den Stoff für Klausuren aber individuell aneignen. Wessen Eltern nicht in der Lage sind, einem zu helfen, wer sich keine Nachhilfe leisten kann oder wem zuhause eine gute Lernumgebung fehlt, der bleibt auf der Strecke. Damit wird die in Deutschland sowieso schon starke Abhängigkeit der Bildung vom Geldbeutel noch verstärkt.

Dass die deutsche Wirtschaft auf eine Krise zusteuert, ist nicht erst seit Corona klar: Nullwachstum und Massenentlassungen erleben wir schon seit Monaten. Mit den aktuellen Maßnahmen ist aber jetzt schon abzusehen: Der Staat will die Corona-Krise nutzen, um die Krisenkosten im Interesse der Unternehmen auf uns abwälzen. Zudem wird durch den vermehrten Einsatz der Bundeswehr im Innern die Militarisierung normalisiert und auch erste Grundgesetzänderungen, die zum weiteren Demokratieabbau führen werden, sind im Gespräch. Es ist zu erwarten, dass diese Maßnahmen auch nach Corona nicht freiwillig zurückgenommen, sondern gegen uns verwendet werden. Denn schon jetzt zeigt sich: Während die Versammlungsfreiheit bereits nahezu vollständig eingeschränkt ist, wurde die Produktion in nicht-systemrelevanten Betrieben noch nicht verboten, in diesen Unternehmen wird der Corona-Virus zugunsten der Profitsicherung also weiterverbreitet. Wenn die Maßnahmen nach und nach wieder aufgehoben werden, ist davon auszugehen, dass die Einschränkung der Versammlungsfreiheit als letztes zurückgenommen wird: Schließlich hat der Staat kein Interesse daran, dass wir uns gegen die zahlreichen Angriffe auf demokratische und soziale Rechte wehren. Steuerstundungen für Großkonzerne und Grundgesetzänderungen werden jedoch sicherlich nicht zurückgenommen und auch die seit Jahren laufende Normalisierung von Bundeswehreinsätzen im Innern wird wohl fortgeführt werden.

Wie es anders geht, zeigt derweil das sozialistische Kuba: Das Außenministerium betont, dass Gesundheit ein Menschenrecht ist und setzt trotz Wirtschaftsblockade und Handels­sanktionen auf internationale Solidarität. Der Inselstaat mit gerade einmal 11 Millionen Einwohnern schickt aktuell Ärzte in alle Welt, darunter Italien und Venezuela, und hat

kürzlich ein Medikament entwickelt (IFNrec), das in China bereits erfolgreich gegen Corona eingesetzt wurde. Dass Kubas Gesundheitssystem vorbildlich ist und statt Profiten der Mensch im Vordergrund steht, ist nichts Neues: In Kuba gibt es mit einem Arzt pro 122 Einwohner (Weltrekord!) fast doppelt so viele Ärzte pro Einwohner wie in Deutschland, das Gesundheitssystem ist lokal in polytechnischen Kliniken organisiert und zudem komplett kostenlos. In der Folge steht es sowohl um die Lebenserwartung als auch um die Kindersterblichkeit deutlich besser als beispielsweise in den nahegelegenen USA. Und um Arbeitslosigkeit und Lohnausfälle muss sich dort trotz erster Corona-Fälle niemand sorgen.

In diesen Tagen zeigt der deutsche Staat also einmal mehr, auf wessen Seite er steht: Auf der Seite der Banken und Konzerne. Wir antworten darauf mit Solidarität: Lasst uns gemeinsam gegenseitige Hilfe organisieren und lasst uns gemeinsam für unsere Rechte kämpfen! Wir fordern folgende Sofortmaßnahmen:

- Ausbau des öffentlichen Gesundheitssystems, Schluss mit Pflegenotstand und Fallpauschalen. Rekommunalisierung und demokratische Kontrolle von Krankenhäusern, Enteignung von Pharmakonzernen! – Nur ein Gesundheitssystem, das nicht dem Profitprinzip unterworfen ist, kann den Menschen dienen!
- Volle Lohnfortzahlung für alle, die aufgrund des Coronavirus ihre Einnahmen verlieren. Freistellung bei Lohnfortzahlung in Branchen, die nicht der notwendigen Versorgung der Bevölkerung dienen.
- Schluss mit der Abwälzung der Kosten von Corona-Pandemie und Krise auf uns! Die Kosten sind durch die Konzerne und durch die Streichung der Rüstungsausgaben zu zahlen.

Falls Du Fragen hast – zum Beispiel zu anderen Formen der Mitarbeit – oder Vorschläge – z. B. hinsichtlich eines Artikels in unserer regionalen Zeitung „Marburger Echo“ – dann melde dich gerne bei uns unter: marburg@dkp.de

Weitere Informationen zu unserer Arbeit vor Ort findest du unter: <http://dkp-hessen.de/>; <https://de-de.facebook.com/DKP.Marburg/>; <http://www.marburg.dkp.de>

Bezüglich unserer Bundespartei verweisen wir sehr gerne auf das "DKP-Nachrichtenportal" (<http://blog.unsere-zeit.de/>) und auf unsere bundesweite Parteizeitung "Unsere Zeit" (<https://www.unsere-zeit.de/>).

Mit solidarischen und roten Grüßen
deine Genoss*innen der DKP-Marburg-Biedenkopf

Dieser Newsletter wird von der DKP Marburg-Biedenkopf versendet. Falls du diesen nicht mehr erhalten und damit keine weiteren Informationen von uns erhalten möchtest, dann sende uns eine Mail mit dem Betreff „Newsletter abbestellen“ an: marburg@dkp.de